

## Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 318 - Dezember 2009

### **Die Nabucco Gas Pipeline: Eine Chance für die EU, in Turkmenistan auf einen Wechsel hinzuwirken**

Das Vorzeigeprojekt der EU, das die Energieversorgung der EU sichern soll, nämlich die Nabucco Gas Pipeline, ist in den letzten Monaten seiner Verwirklichung einige Schritte näher gekommen. Im Juli wurde eine grundlegende Vereinbarung zwischen den Transitländern Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Türkei unterzeichnet, die sowohl rechtliche Fragen als auch den Zugang und die Tarife regelte. Da jetzt die Rahmenbedingungen unter Dach und Fach sind, bleibt die Hauptherausforderung für die EU die Bereitstellung der Energie. Das Konsortium der Firmen, die die Energielieferung besorgen wollen, hat drei Länder identifiziert, die das Gas liefern sollen, nämlich Irak, Aserbaidschan und Turkmenistan. Kurz nach der Unterzeichnung des mehrseitigen Regierungsabkommens zu Nabucco hat das deutsche Energieversorgungsunternehmen und Nabuccopartner RWE einen Vertrag mit der turkmenischen Regierung ratifiziert, der die Suche nach Gas im Kaspischen Meer zum Inhalt hat. Das, was RWE dort findet, könnte danach durch die Nabucco-Pipeline in die EU gepumpt werden.

In der Aprilausgabe von *Around Europe* schrieb ich über die Bemühungen der EU, von Turkmenistan Gaslieferungen zu bekommen. Das Engagement der EU für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung steht diesen Bemühungen im Wege. Turkmenistan ist eine der repressivsten Diktaturen der Welt. Verbreitete Missachtung der Menschenrechte wird fortgesetzt von Amnesty International und Human Rights Watch dokumentiert. Die Organisation Freedom House stellt Turkmenistan mit Nordkorea und Birma in die Reihe der Unrechtsstaaten ohne soziale und politische Freiheit. Die Diktatur hält ihre Macht durch die Kontrolle über die Einkünfte aus dem Verkauf von Öl und Gas aufrecht. Die Verwendung dieser Gelder wird nicht offen dargelegt, und turkmenische Bürger haben keinen Einblick in die öffentlichen Ausgaben. Es ist jedoch klar, dass die Gelder vom Verkauf von Öl und Gas dafür verwendet werden, um den Staatssicherheitsapparat zu finanzieren, mit dessen Hilfe Andersdenkende und politische Gegner unterdrückt werden.

Frühere Versuche der EU, die turkmenische Regierung politisch und wirtschaftlich zu isolieren, haben es nicht fertig gebracht, die Menschenrechte und die Entwicklungsbedingungen in dem Land zu verbessern. Die EU bemüht sich jetzt, mit Turkmenistan enger zusammen zu arbeiten, mit dem Schwerpunkt auf den Beziehungen im Bereich der Energiepolitik. Die EU hofft, dass ihr Einfluss auf die turkmenische Politik zunimmt, sobald ein Abkommen mit Turkmenistan über die Lieferung von Gas geschlossen wird. Leider plant die EU nicht, einen der grundsätzlichen Faktoren anzugehen, die hinter der fortdauernden Tyrannei liegen, nämlich die schlechte Verwaltung der Einkünfte von Öl und Gas.

„Wenn die EU deutlich macht, dass ihr die Initiative zur Transparenz der Öl- und Gas-Förderung wichtig ist, könnte Turkmenistan vielleicht darauf hören.“

Ein diesbezüglicher Bericht des QCEA ruft die EU auf, sich an ihren eigenen Werten zu orientieren, indem sie versucht, Turkmenistan an der EITI zu beteiligen, also an der Initiative zur Transparenz der Öl- und Gas-Förderung, einem internationalen Projekt, das sowohl die Transparenz der Einkünfte aus dem Öl- und Gasgeschäft sichern als auch die Bewegungsfreiheit unterdrückter Menschenrechtsgruppen vergrößern soll. Dieses Projekt ist in vielen Ländern angewandt worden, wo Bürgerrechte schwer eingeschränkt sind, und es kann dort zu Änderungen führen, indem ein international geschützter Raum entsteht, wo Menschenrechtsgruppen sich entfalten können.

Warum sollte Turkmenistan sich an EITI beteiligen? Die Beteiligung würde die Beziehungen mit dem Westen festigen, wie es im Fall von Aserbaidschan und Kasachstan bereits geschah, als sie sich an EITI beteiligten. Turkmenistan ist sehr daran interessiert, sich neue Märkte für sein Gas zu erschließen, um so seine einseitige Abhängigkeit von Russland zu verringern, das gegenwärtig den größten Teil des turkmenischen Gases abnimmt. Indem Turkmenistan seine Beziehungen zur EU verstärkt, kann es sich unabhängiger machen, und wenn die EU deutlich macht, dass ihr das EITI-Projekt wichtig ist, könnte Turkmenistan darauf eingehen.

Zusätzlich verbessert EITI das Investitionsklima für ausländische Gesellschaften im Energiesektor und erhöht damit die Möglichkeit der beteiligten Regierung, lukrative Geschäfte abzuschließen. Wenn die Regierung diese Vorteile in Betracht zieht, könnten Zugeständnisse an die Zivilgesellschaft und an die Transparenz ein akzeptables Opfer für die turkmenische Regierung sein.

Jedoch braucht es Druck von Seiten der europäischen Zivilgesellschaft, um die EU so weit zu bringen, dass sie das EITI-Projekt in ihre Verhandlungen mit Turkmenistan einbringt. Sie können Ihren Europa-Abgeordneten auffordern, das Thema bei der Europäischen Kommission zur Sprache zu bringen. Sie finden einen Beispielbrief und weiteres Material für die Turkmenistan-Kampagne als Download auf der Website des QCEA unter [www.quaker.org/qcea/energysecurity](http://www.quaker.org/qcea/energysecurity).

Dort können Sie auch den ganzen QCEA Bericht über Nabucco und Turkmenistan in englischer Sprache lesen.

*Neil Endicott*

*Übersetzung: Eckard Teichert*

## **Die Einflussreichen beeinflussen**

Am 1. Dezember 2009 trat der sehnlich erwartete Lissabonner Vertrag endlich in Kraft. Für viele Bürger Europas ein Grund zur Freude, denn dieser Vertrag stärkt die Stimme des Europa-Parlaments als die Körperschaft, die die Bürger vertritt. Er ist deshalb ein wichtiger Schritt gegen das oft heraufbeschworene demokratische Defizit der komplexen Einheit EU.

Für wie entscheidend manche die Annahme des Lissabonner Vertrags auch betrachten, er ist bestimmt kein Allheilmittel gegen die fehlenden Möglichkeiten der normalen Bürger, sich aktiv für die Europapolitik zu engagieren. Eine zentrale Rolle in der Gestaltung der Politik wird weiterhin ein anderer Akteur spielen, der sich - obwohl vergleichsweise neu - als sehr effektiv erwiesen hat, der Sektor der Lobby.

Da sich die EU in den letzten 50 Jahren weiter entwickelte und erweiterte, wuchs ihr Einflussgebiet sowohl geografisch als auch in Bezug auf Inhalt und Kompetenzen. Das führte dazu, dass die Lobbyarbeit wesentlich wichtiger geworden ist. Dieses Phänomen kam besonders in den 90er Jahren groß in Schwung, und ihr Einfluss hat seitdem weiter zugenommen.

Ungeachtet der großen Zahl sehr spezieller Themen, mit denen sich die EU heutzutage befasst, hat sie relativ wenige zuverlässige Fachleute. Die nationalen Regierungen haben weit mehr Personal, um die Entscheidungsträger mit der nötigen Sachkenntnis zu versorgen. Deshalb erfüllt die Lobbyarbeit ihrerseits ganz sicher eine Funktion, denn der Bedarf an Informationen zu komplexen Themen muss irgendwie gedeckt werden.

# EUROPA

## Was ist los in Brüssel?

## Wer ist Catherine?



## QCEA Studienfahrt 20. - 25. Juni 2010 Brüssel & Luxemburg

In diesem Jahr bieten wir interaktive Diskussionen  
anzu den Themen Energie und Klimawandel

Besuche und Präsentationen schließen ein

- Die Europäische Kommission
- Den Europarat
- Die Europäische Investmentbank
- Den Europäischen Gerichtshof
- Einen Ausschuss des Europa-Parlaments

Kontakt: QCEA, Square Ambiorix 50, B-1000  
Brüssel, Belgien

Email: [studytours@qcea.org](mailto:studytours@qcea.org)

Telefon: +32 2 234 3062

Was also ist falsch an der Lobbyarbeit und warum sollten wir uns überhaupt darum kümmern?

Gerade durch ihren Zweck steht Lobbyarbeit (Interessenvertretung) im krassen Gegensatz zu wahrer Demokratie. Rund 90% der Experten, die vom Europa-Parlament, dem Europarat und der Kommission zu Rate gezogen werden, sind hochbezahlte Industrie-Lobbyisten. Diese Tatsache untergräbt das Konzept einer gut ausgewogenen demokratischen Entscheidungsstruktur, die im Interesse der Bürger handelt.

Die EU erhebt den Anspruch, sich um ihre Bürger und deren Wohlergehen zu kümmern, verlässt sich aber fast ausschließlich auf das Fachwissen der Industrie, von der im allgemeinen angenommen werden kann, dass sie eher weniger objektiv ist, wenn es sich um Themen wie Klimawandel und Energie handelt. Schätzungsweise 15 000 bis 20 000 meist von internationalen Konzernen angestellte Lobbyisten arbeiten derzeit in Brüssel. Natürlich liegt es in ihrem Interesse, bestimmte Maßnahmen zu blockieren oder zu verlangsamen, wie etwa die CO<sub>2</sub>-Steuer, denn Gesetze dazu würden sie Unsummen kosten. Die Folge: eine vieldiskutierte CO<sub>2</sub>-Steuer - vom Standpunkt der Entlastung des Klimawandels keine so schlechte Idee - wurde andauernd vertagt.

Ein anderes Beispiel: die Gelder für das

7. Forschungsrahmenprogramm, bestimmt für Forschung und Entwicklung, um Innovationen in der EU zu sichern, wurden hauptsächlich zur Erfassung und Lagerung von Kohlenstoff (Carbon Capture and Storage, CCS) ausgegeben, eine sehr umstrittene Technologie, die eher die Fortdauer emissionsintensiver Energieerzeugung zulassen, als eine Ausstiegsstrategie zu entwickeln. Folglich bleibt weniger Geld übrig für die Verminderung von Treibhausgasen auf wirksamere und vor allem dauerhafte Art und Weise.

- Schätzungsweise 15000 - 20000 Lobbyisten arbeiten derzeit in Brüssel, um die Entscheidungen der EU zu beeinflussen
- Lobbyarbeit wird - nach den Medien - als die fünfte Kraft in der Politik bezeichnet
- Dieses Phänomen begann in den 70er Jahren und hat seither stetig an Boden gewonnen
- Ein erfolgreicher Lobbyist kann bis zu 350 € pro Stunde verdienen.

Als aktive Bürger Europas können wir nicht zulassen, dass - wegen dieser einseitigen Einflussnahme auf die Entscheidungsträger - wichtige Entscheidungen scheitern. Wenn während der unzähligen Sitzungen zum Klimawandel in diesem Jahr eines deutlich wurde, dann die erschreckende Gewissheit, dass der politische Wille vieler Regierungen nicht ausreicht. Es besteht das Risiko, dass halbherzige Versuche, den Klimawandel zu entlasten, fehlschlagen mit all den daraus resultierenden verheerenden Folgen für

unseren Planeten. Deshalb müssen wir unsere Stimmen erheben! Nur eine aktive Zivilgesellschaft kann ein Gegengewicht bilden zu dem übermäßigen Einfluss der Industrie auf unsere Regierungen.

*Übersetzung: Christel Wieding*

## **Aktive Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung in der EU - kurz vor der Verwirklichung?**

Es ist nun fast acht Jahre her, dass die Konvention zur Zukunft Europas die Frage aufwarf, wie die EU ihren Bürgern näher gebracht werden kann. Nach einem fehl geschlagenen Versuch der Ratifizierung und Inkraftsetzung eines neuen Vertrages, und nachdem viele andere Hürden überwunden wurden, wurde der Vertrag von Lissabon nun ratifiziert. Nun ist es an der Zeit, dass die neuen Möglichkeiten, die dieser Vertrag bietet, in die Tat umgesetzt werden.

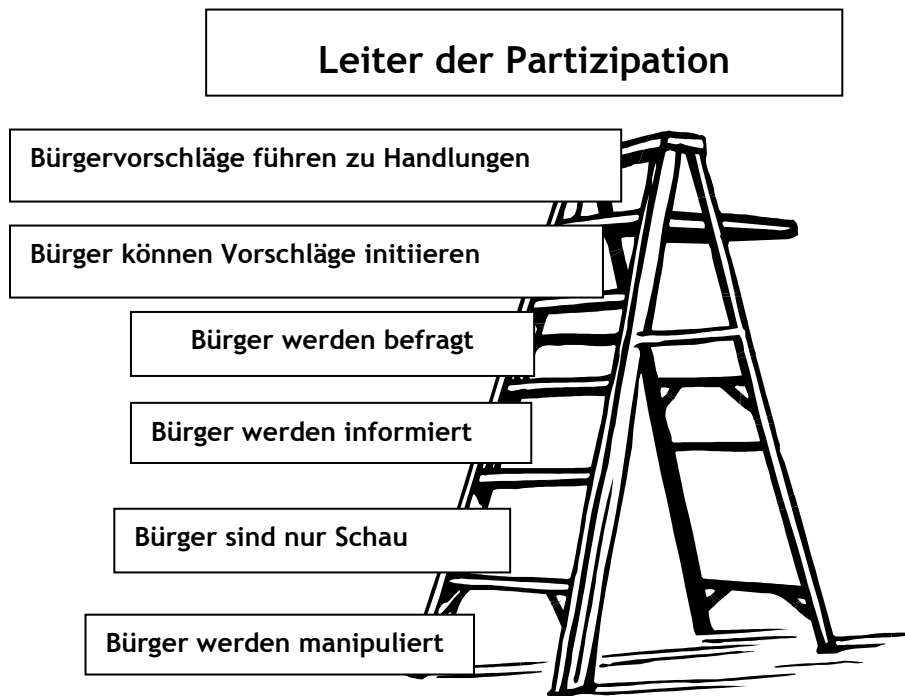
Eine der Neuerungen, die der Vertrag bringt, ist das sogenannte "Bürgerbegehren" [citizen's initiative]. Dieses war bereits Bestandteil des früheren Vertrages und hat es unverändert in den Lissabon-Vertrag geschafft. Der relevante Artikel ist Artikel 11(4) - Vertrag für eine Europäische Union (Konsolidierte Version).

"Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen. Die Verfahren und Bedingungen, die für eine solche Bürgerbegehren gelten, werden nach Artikel 24 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt." \*)

Die Europäische Kommission muss nun, da der Vertrag implementiert werden kann, Verfahren und Bedingungen für die Umsetzung dieses Artikels entwickeln, und hat den Ball dadurch ins Rollen gebracht, indem sie ein Grün-Buch \*\*) veröffentlicht und eine öffentliche Anhörung eröffnet hat. Die öffentliche Anhörung ist offen für alle Bürger und repräsentative Organisationen bis zum 31. Januar 2010.

Die Fragen, die im Grünbuch erhoben werden, sind:

1. Wie sollte der Begriff "erhebliche Anzahl von Mitgliedstaaten" definiert werden?
2. Sollte es eine Mindestanzahl an Unterschriften aus jedem der Mitgliedsstaaten geben?
3. Sollte es ein Mindestalter für die Teilnahme an einem Bürgerbegehren geben?
4. Sollte es eine festgelegte Formulierung für ein Bürgerbegehren geben?
5. Wie sollten Unterschriften gesammelt, verifiziert und authentifiziert werden? Und sollte es möglich sein, ein Bürgerbegehren on-line zu unterschreiben?
6. Sollte es eine zeitliche Begrenzung für das Sammeln von Unterschriften geben?
7. Sollten Bürgerbegehren in irgendeiner Weise registriert werden?
8. Welchen Grad an Transparenz bezüglich des Hintergrundes und der Finanzierung von jenen, die ein Bürgerbegehren organisieren, sollte gegeben sein?
9. Sollte es eine Frist geben, bis zu der die Kommission ein Bürgerbegehren begutachtet oder darauf reagiert hat?
10. Sollte es Beschränkungen dafür geben, dass Bürgerbegehren mehrmals zum selben Thema eingereicht werden?



QCEA hat eine Eingabe als Reaktion auf die Anhörung eingereicht. Diese kann auf unserer Internet-Seite eingesehen werden unter [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea). Unsere Herangehensweise war die folgende:

- Die Hürden auf dem Weg zur Teilnahme sollten so niedrig wie möglich sein, um sicherzustellen, dass dieses Modell der Teilnahme funktioniert.
- Es sollte ein Maximum an Transparenz geben bezüglich der Interessen jener, die ein Bürgerbegehren organisieren und dieses finanzieren.
- Die Europäische Kommission sollte dazu verpflichtet werden, innerhalb eines vernünftigen Zeitraums auf ein Bürgerbegehren zu reagieren.
- Administrative Vereinbarungen sollten so einfach wie möglich sein, um zu gewährleisten, dass die Logistik, die erforderlich ist, um ein Bürgerbegehren über potentiell 27 Mitgliedsstaaten mit 23 Sprachen zu organisieren, nicht zu einem Ding der Unmöglichkeit wird.

QCEA warf auch die Frage auf, wie Bürger aus Dritt-Staaten, die schon seit langem in einem EU-Mitgliedsstaat leben, im Hinblick auf die Teilnahme an Bürgerbegehren behandelt werden sollten, und ob es nicht ein Mindestmaß an finanzieller Unterstützung geben sollte, damit Menschen, die ein Bürgerbegehren anstrengen, die sprachlichen Probleme überwinden können, denen sich alle Bürger der EU gegenüber sehen, die effektiv miteinander und mit jenen, die Entscheidungen treffen, kommunizieren wollen.

Der Umstand, dass solche Bürgerbegehren als ein Ergebnis des Lissabon-Vertrages rechtlich möglich und, wenn verwirklicht, eine starke moralische Verpflichtung für die Europäische Kommission zum Zuhören und zum Handeln nach den zum Ausdruck gebrachten Wünschen der

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstützungsgruppe übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea) zu finden

Bürger bewirkt, stellt eine Gelegenheit für aktives politisches Engagement dar. Er stellt ebenso ein Potential dafür dar, dass Minderheiten-Themen in den Mittelpunkt einer bereits heute übervollen politischen Agenda rücken. Ob sich dies zum Guten oder Schlechten auswirkt, wird davon abhängen, ob die Bürger bereit sind, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

*Martina Weitsch*

*Übersetzung: Helge Moog*

\*) Die konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union ist im Internet einzusehen unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF>

(Anm. d.  bers.)

\*\*\*) Dabei handelt es sich um ein öffentliches Diskussionspapier über die Regierungspolitik (Anm. d.  bers.)